

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 25 / 2018

THEMENSCHWERPUNKT:
»POPULISMUS« UND DEMOKRATIE

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2017
- MUSICA PRO PACE 2017
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2017-2018

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan, Islamische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Susanne Menzel, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Jutta Tiemeyer, Michael Pittwald

Einband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe, unter Verwendung eines vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bereitgestellten Fotos von Steffen Kugler.

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2017-2018 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, E-Mail: ofg@uni-osnabrueck.de
Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2018

© 2018 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen, mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 0948-194X
ISBN 978-3-8471-0957-0

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9
I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2017	
<i>Reformation: Wirkt sie noch heute auf die Gesellschaft und das Miteinander der Religionen?</i> Mit Heinrich Bedford-Strohm, Hans Joas	15
<i>Historische Schuld und verblässende Erinnerung – Wie weiter aus Geschichte lernen?</i> Mit Markus Meckel, Beate Klarsfeld, Bernd Weisbrod	41
<i>Generationengerechtigkeit, Altersarmut und demographischer Wandel</i> Mit Reinhold Schnabel, Annelie Buntenbach, Paul Ziemiak	73
<i>Modell Costa Rica? – Bildung statt Armee!</i> Mit Henning Jensen Pennington, José Joaquín Chaverri Sievert, Sebastian Huhn	95
Robert Menasse, Wien <i>Europa sieht Deutschland: »Der deutsche Mensch als Symptom«</i> Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit	119
<i>Brexit, Trump und »Populismus«</i> Mit Jan-Werner Müller, Karin Priester, Joschka Fischer	135
<i>Militär und Justiz heute</i> Mit Dieter Deiseroth, Christoph A. Rass, Roland Czada	161

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2017**

Stefan Hanheide, Osnabrück
Friedensmusik im Reformationszeitalter 1517-1648 189

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Joachim Westerbarkey, Münster
Populismus und ›fakes‹ – Wie gehen wir damit um? 205

Maximilian Probst, Hamburg
Die Verherrlichung des Kämpfers kehrt zurück 211

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 217
Abbildungsnachweis 223

Modell Costa Rica? Bildung statt Armee!

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität
am 7. Juni 2017

<i>Dr. Henning Jensen Pennington</i>	Rektor der Universidad de Costa Rica
<i>José Joaquín Chaverri Sievert</i>	Botschafter a.D. der Republik Costa Rica in Deutschland
<i>Dr. Sebastian Huhn</i>	Historiker und Politikwissenschaftler, Universität Osnabrück
<i>Dr. Susanne Müller-Using</i>	Costa Rica Zentrum der Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

Susanne Müller-Using: Es sind immer besondere Momente, wenn Menschen aus unterschiedlichen Kulturen sich begegnen und die Möglichkeit nutzen, miteinander zu sprechen und dabei etwas über die Kultur eines anderen Landes zu erfahren, so wie heute, wo das Bildungssystem und das friedenspolitische Konzept von Costa Rica im Fokus stehen.

Was das größere Deutschland mit seinen 80 Millionen Einwohnern und 16 Bundesländern von dem deutlich kleineren, von fünf Millionen Menschen bewohnten Costa Rica mit lernen kann, mag für manche als eine fast provozierende Frage erscheinen. Aus meiner Erfahrung als Leiterin des Costa-Rica-Zentrums dieser Universität bin ich sehr zuversichtlich, dass tatsächlich Modellhaftes über Costa Rica zu berichten ist, das für unsere Diskussion interessant sein dürfte. In unserer Forschungsstelle an der Universität Osnabrück arbeiten wir interdisziplinär und sind in teils größeren, teils kleineren Gruppen – oder auch als Einzelpersonen – in Costa Rica unterwegs.

Wir sind dort mit einem Bildungssystem, mit einer Universitätskultur konfrontiert, in der viele Dinge etwas anders funktionieren. In den Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen treten deutliche Unterschiede immer wieder zutage. Grundlegend in Costa Rica ist zum einen die besondere *Autonomie* der Hochschulbildungseinrichtungen. Wer in Deutschland Erfahrungen in der Leitung einer Hochschule gesammelt hat oder als Professorin oder Institutsleiterin mit bestimmten Vorgaben von Ministe-

rien zu tun hat, wird mit Staunen feststellen, dass in Costa Rica das formal zuständige Ministerium der Universität überhaupt keine Weisungen erteilen kann. Eine – wohlgemerkt öffentliche – Universität dort ist absolut autonom. Gesetzentwürfe, die die Universität betreffen und verabschiedet werden sollen, müssen vom Ministerium zunächst einem Bildungsrat vorgelegt werden, in dem die Universitäten, aber auch andere Vertreter der Gesellschaft mitwirken, bevor sie in die Gesetzgebung des Landes mit einfließen können.

Die Universität nimmt als autonome Institution, als eigenständige Säule im Bildungsbereich, eine Aufgabe wahr, mit der ein hohes Maß an Verantwortung für die Zivilgesellschaft übernommen wird. Auch deswegen gibt es drei Vizerektoren an der *Universidad de Costa Rica*: einer ist für die Lehre zuständig, einer für die Forschung und einer für »soziale Aktion«.



Sussanne Müller-Using

Ähnliches gilt auch für das Schulsystem, für das jüngst ein Programm mit dem Namen *Erziehen und Bilden für eine neue Zivilgesellschaft* verabschiedet wurde.

Ziel und Gegenstand der erzieherischen Bemühungen ist:

»ein Mensch mit tiefem Wissen und Bezügen zu seinem sozialen Kontext und seiner Geschichte; fähig, die Bedürfnisse der anderen zu verinnerlichen; respektvoll zu sein, kollaborativ, aktiv, sozial verantwortlich und zum Kompromiss bereit; fähig, sich aktiv an der Suche nach Lösungen zu beteiligen, selbstständig zu denken, Verknüpfungen herzustellen und damit förderliche Veränderungen in der Gesellschaft herbeizuführen«.

Man erkennt die anspruchsvolle Perspektive, unter der Bildung in Costa Rica konzipiert ist. Dabei ist die Umsetzung sicherlich nicht perfekt, aber es ist insgesamt doch ein beeindruckendes Beispiel, wie Bildung, soziale Verantwortung, Autonomie und Friedenspolitik einhergehen können.

Herr Botschafter *Chaverri* wird uns einen Überblick über den geschichtlichen Kontext geben, in dem er sein Land sieht, während Herr *Jensen* im Anschluss stärker zum universitären Alltag und zum Bildungsalltag in Costa Rica heute sprechen wird. Herr *Huhn* wird schließlich Aspekte der gesellschaftlichen Realität in Bezug auf das friedenspolitische Konzept des Landes beleuchten, z.B. auch die Versuche, der Kriminalität in Costa Rica entgegenzuwirken.

José Joaquín Chaverri Sievert: Als langjährig in Deutschland tätiger Diplomat möchte ich Ihnen am liebsten alles Wissenswerte über mein Heimatland nahebringen. Aus Zeitgründen kann ich allerdings nur einige wenige Aspekte ansprechen.

Ich beginne mit einem historischen Rückblick: Im Oktober 1821 erhielt Costa Rica einen Brief aus Guatemala, der damaligen Hauptstadt der ganzen mittelamerikanischen Region, abgesandt von der *Capitanía General* der spanischen Krone. Der Brief war anderthalb Monate unterwegs, per Boten zu Fuß oder zu Pferd. Er war in León in Nicaragua ein wenig liegen geblieben, bis er Cartago, die damalige Hauptstadt Costas Ricas erreichte. Was teilte dieser Brief seinen Empfängern mit? – Die überraschende Nachricht lautete: Ihr seid ab sofort unabhängig!

Die erschrockenen Costaricaner in der Stadt Cartago beschlossen zu warten, ›bis sich der Nebel lichtet‹, wie man sagte, denn die Stadt ist hochgelegen, und abends herrscht oft Nebel. Das hieß: Wir werden warten und darüber nachdenken, was wir nun mit ›unserem‹ Land anfangen. Damals war es das ärmste Land Mittelamerikas, mit 60.000 bis 90.000 Einwohnern, genau war die Einwohnerzahl nicht bekannt.

Costa Rica ist mit 42.000 Quadratkilometern so groß wie Belgien oder die Schweiz, es hat sieben Provinzen und eine Hauptstadt – heute ist dies San José de Costa Rica – und begrüßt jährlich mehr als 50.000 Touristen aus Deutschland.

Nachdem das Land in die Unabhängigkeit entlassen worden war, gab es sich eine erste Verfassung, und man begann, das Land zu organisieren. Das Wichtigste, was die damalige Regierung einrichtete, waren Schulen. Die Leute mussten schreiben und lesen lernen, das war die zentrale Aufgabe zu dieser Zeit.

Ein anderer Nachbarstaat im Süden von Costa Rica war damals noch Kolumbien. Bald wurde im Norden auch Nicaragua unabhängig, aber erst

im Jahre 1903 entstand der neue, südlich an Costa Rica angrenzende Staat Panama. 1821 beschlossen die Costaricaner, diplomatische Beziehungen mit ihren Nachbarn zu knüpfen. Den ersten Diplomaten sandte man nach Nicaragua, wo es zwei Regierungen gab, eine in León und eine in Granada. Der Abgesandte musste mit beiden um die politische Anerkennung Costa Ricas verhandeln. Seine Bemühungen waren allerdings vergeblich: Er kehrte ohne die erhoffte Anerkennung zurück.

Mit Nicaragua gibt es auch heute noch Probleme, besonders am Grenzfluss San Juan. Ein früherer Präsident Costa Ricas prägte daher den Satz: »In Costa Rica haben wir Sonne, Regen und Probleme mit Nicaragua«. Inzwischen lösen wir Probleme allerdings einvernehmlich, mit friedlichen Mitteln, in Verhandlungen.

Als wir unabhängig wurden, begingen die Spanier einen großen Fehler: Sie schufen keine klaren Grenzen. In Mittelamerika wusste man nicht, wo die Grenze zu Mexiko verlief, und wir Costaricaner wussten nicht genau, wo die Grenze zu Panama verlief. Ein wichtiges Ziel unserer Außenpolitik war es daher, diese Grenzen zu bestimmen. Gleichzeitig waren in der Region zwei Länder sehr stark präsent und mächtig: Die Vereinigten Staaten und England. England hatte in Belize einen wichtigen Stützpunkt und wollte von Cabo Gracias a Dios bis Costa Rica Land für England erobern, die Mosquitia. Das zu verhindern, war eines der großen Ziele der Außenpolitik Costa Ricas.

Auch Kolumbien hatte zeitweise Ambitionen, sich Nicaragua und Costa Rica einzuverleiben, was allerdings verhindert werden konnte. Für die Vereinigten Staaten und für England war Mittelamerika von großer Bedeutung, denn sie sahen die Möglichkeit, hier einen Kanal zur Verbindung von Atlantik und Pazifik zu bauen. Zu dieser Zeit lockte die Aussicht, von der Ostküste der Vereinigten Staaten durch einen solchen Kanal zu fahren, um in Kalifornien nach Gold zu suchen. Eine Möglichkeit dazu bot der Isthmus von Tehuantepec, die schmalste Stelle in Mexiko. Die zweite Möglichkeit bot der Fluss San Juan, der in den großen Nicaraguasee mündet, von wo die pazifische Küste leicht erreichbar schien.

Erst im Jahre 1848 sandte Costa Rica einen Diplomaten nach Europa, *Felipe Molina*, der hier die staatliche Anerkennung für unser Land erreichen sollte. Molina besuchte England, Holland, Deutschland und dann Spanien. Die Anerkennung Costa Ricas durch Spanien, das für Mittelamerika weiterhin von großer Bedeutung war, war besonders wichtig. Aber auch der Vatikan erkannte Costa Rica an, sodass endlich ein Bischof entsandt werden konnte. Der Bischofssitz und die Universität waren in León, dem kulturellen und kirchlichen Stützpunkt. Dort kam im Jahre 1853 der erste Bischof von Costa Rica, *Anselmo Llorente y La Fuente*, an.

In der Frage eines Kanalbaus in Mittelamerika verhandelten die Nicaraguaner stärker mit den Vereinigten Staaten, während wir Costaricaner mehr mit England kooperierten. 1855 kam es zu einer schwierigen Lage



José Joaquín Chaverri Sievert

für unser Land, als eine Fraktion von Befürwortern der Sklaverei ganz Mittelamerika erobern zu wollen schien. Unser amtierender Präsident *Juan Mora* sah die Schwierigkeiten kommen, baute eine Armee auf, bekam Geld aus Peru und aus anderen Ländern, um gegen die *Esclavisten* zu bestehen. Die kamen 1856 aus Nicaragua an die Grenze von Costa Rica. Sie wurden militärisch zurückgeworfen, und der Feldzug wurde zu einem regelrechten Krieg gegen Nicaragua. Unser Land gewann zwar, aber ein Zehntel der Bevölkerung starb an der Cholera.

Im 20. Jahrhundert war der Friedensprozess, den Präsident *Óscar Arias* 1987 anführte, der wichtigste hier zu erwähnende Punkt. Fünf Länder arbeiteten dafür zusammen, damit Russland und die Vereinigten Staaten sie nicht übervorteilen konnten und der Frieden in Mittelamerika gewahrt blieb. Unterstützung kam auch von Deutschland und anderen europäischen Ländern.

Henning Jensen Pennington: Der costaricanische soziale Rechtsstaat beruht seit Langem schon auf zwei Hauptsäulen: Dies sind die Bemühungen um die Förderung der Gesundheit und der Bildung. Costa Rica ist das einzige Land Mittelamerikas, in dem Analphabetismus keine Rolle mehr spielt. Während Alphabetisierung traditionell als Fähigkeit verstanden

worden ist, lesen und schreiben zu können, umfasst dieser Begriff heute allgemein bildungsbedingte, qualitativ komplexere Leistungsfähigkeiten, die einem Land und dessen Bevölkerung eine nachhaltige Entwicklung sichern sollen.

Costa Rica ist zudem international für seine pazifistische Tradition, eine umfassende Naturschutzpolitik und hohe soziale Standards bekannt. Um diese Ziele zu erreichen, hat das Land – unter den Bedingungen einer besonderen politischen Situation – die Armee als Institution abgeschafft und stattdessen ein umfassendes Gesundheitssystem und kostenlose Erziehung eingeführt, deren Vorläufer bis in das 19. Jahrhundert zurückreichen.

Costa Rica strebt die Mitgliedschaft in der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD) an, die ihrerseits die vorrangige Rolle der technischen Bildung und Ausbildung in der nationalen politischen Agenda hervorhebt und dabei eine solide Erziehung in den frühen Lebensjahren voraussetzt.

Costa Rica zeichnet sich durch eine hohe Lebenszufriedenheit seiner Bevölkerung aus, deren Lebenserwartung diejenige vieler europäischer Länder übertrifft. Wenn wir dazu auch den fast universellen Zugang zum Gesundheitssystem, eine seit Jahrzehnten bestehende Rentenversicherung, eine sehr niedrige Kindersterblichkeit, die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und schließlich eine – nach lateinamerikanischen Standards – niedrige Armutsrate addieren, stehen wir tatsächlich vor einem bemerkenswerten politischen System und einer auffälligen und bemerkenswerten gesellschaftlichen Struktur.

Dabei steht Costa Rica vor enormen Herausforderungen, und wir müssen einräumen, dass die Errungenschaften, die seit Beginn der Unabhängigkeit erreicht worden sind, das Ergebnis eines Prozesses fortdauernder politischer Kompromisse waren, an denen viele Kräfte beteiligt waren. Die Geschichte hat es allerdings mit Costa Rica gut gemeint: Trotz ernster interner Kämpfe und komplizierter Scheidewege, die den sozialen Wohlstand hätten gefährden können, ist es unserem Land gelungen, eine regelrechte Leidenschaft für Erziehung und Bildung als wichtige Bausteine der Entwicklung hervorzubringen.

Einige ›Meilensteine‹ in der Geschichte Costa Ricas im Hinblick auf Bildung und Erziehung können das bisher Gesagte unterstreichen: Bildung und Gesundheit hatten im Verlauf unserer Geschichte eine staatsbildende Funktion, während für Deutschland wohl eher auf die Sprache, die Philosophie und auch die Musik als gemeinschaftsbildende Elemente zu verweisen wäre. Heute verfolgt Costa Rica insbesondere das Ziel, eine *wissensintensive Wirtschaft* zu entwickeln, und strebt dazu eine auf Bildung basierte Staatsorganisation an.

Obwohl Costa Rica nach seiner Unabhängigkeit im Jahr 1821 einige kurze interne Konflikte erlebte, blieb es von langwierigen Bürgerkriegen verschont, die in vielen Ländern Lateinamerikas zur Normalität wurden. Es gab auch politische Spannungen, die nicht durch musterhafte demokratische Prozesse gelöst wurden. Festzustellen ist aber, dass das Leben der jungen Republik von einem ausgeprägten Interesse an Bildung geprägt war. Mit der Verfassung von 1847 wurde das Ministerium für Finanzen, Krieg und Schifffahrt geschaffen, das zunächst auch die Verantwortung für Bildungsfragen erhielt. Diese frühe Zentralisierung schuf eine erste institutionelle Grundlage für das spätere, spezialisierte Ministerium für Erziehung und Bildung. Der Umfang dieser ersten Bildungsbemühungen war noch sehr begrenzt und erhielt nicht genügend Unterstützung, um die öffentliche Bildung in einem wirklich liberalen, säkularen und positiven Sinne zu entwickeln. Immerhin hatte schon die Verfassung von 1847 Bildung als Recht beider Geschlechter erklärt. So wurde 1841 die erste Mädchenschule in der Hauptstadt San José eröffnet. Aber erst am Ende des Jahrhunderts gab es für Mädchen aus allen gesellschaftlichen Schichten einen Zugang zur Schulbildung.

Im Jahr 1869 erklärte der amtierende Präsident des Landes die schulische Elementarbildung zur Pflicht und den Besuch für Schüler kostenlos. Von da an trug der Staat alle Kosten und übernahm die Bezahlung der Grundschullehrer. In den 1870er Jahren erfuhr das Bildungssystem eine deutliche Expansion. Die Anzahl der Schulen und Schüler stieg stark an, nicht zuletzt durch den Zugang für die Mädchen.

Ab 1880 erlebte Costa Rica einen Prozess des *nation building*, eine nationalistische Konjunktur, unter der die Schaffung gesamtgesellschaftlicher Einrichtungen beschleunigt fortgesetzt wurde. Das Engagement des Staates für eine auch hinreichend gute Finanzierung von Bildung wurde entschieden deutlich mit der Schulreform von 1886, die zur Bestimmung eines Mindest-Curriculums, der Dauer des Schuljahres, der Verwendung von Schulbüchern und zur Festlegung eines Schulkalenders führte. Außerdem wurde die Mittelschule tiefgreifend umstrukturiert.

Technische Ausbildungsangebote, die vor allem von Priestern des Salesianerordens *Don Bosco* organisiert waren, brachten weitere Fortschritte, und eine der größten Innovationen wurden technische Kurse für Frauen wie Buchhaltung, Stenographie und Telegraphie.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gab es in der demokratischen Entwicklung des Landes nur zwei Ereignisse relativer Gewalt: einen *Coup d'Etat* im Jahre 1917 und den bewaffneten Aufstand, der als ›Krieg von 1948‹ bekannt ist. Nach diesem sehr kurzen Bürgerkrieg wurde die bis heute existierende, sogenannte ›Zweite Republik‹ gegründet. Im darauf-

folgenden Jahr wurde die Armee abgeschafft, und seitdem ist Costa Rica eines der wenigen Länder der Welt, dessen demokratisches System ohne Armee auskommt.

Seit 1900 war im Land eine Generation von Intellektuellen mit Sympathien für Anarchismus, Sozialismus und Antiimperialismus aktiv geworden, die einen bleibenden Einfluss auf die Bildung hinterließ: Diese Generation etablierte nicht nur eine tiefe Verbindung zwischen Bildung und sozialen Fragen. Sie trug auch zu einer Neubewertung sowohl des sozialen und kulturellen Status der Frauen als auch der bürgerlichen und friedensstiftenden Werte bei – entgegen dem militärischen Inhalt einer nationalen Identität, wie sie noch Ende des vorigen Jahrhunderts in Costa Rica gefördert worden war. Die costaricanische Gesellschaft avancierte allmählich zu einer Wahldemokratie, und Bildung war dabei der Schlüssel für den Prozess dieser Demokratisierung.

Die neue Regierung von 1940 hatte eine Reihe von großen Umwälzungen im Leben des Landes initiiert. Eines ihrer Gesetze verfügte die Gründung der Universität von Costa Rica und garantierte deren Autonomie. Diese Autonomie wurde noch erweitert mit der Verabschiedung der Landesverfassung von 1949, die der Universität das Recht verlieh, sich eine eigene Grund- und Verwaltungsordnung zu geben. Darüber hinaus bestimmte die neue Verfassung die Freiheit von Forschung und Lehre als grundgesetzliches Recht und die Finanzierung der Hochschulen als eine Pflicht des Staates. Zu den sozialen Neuerungen dieser Zeit zählten außerdem die Reform des Gesundheitssystems und die Verabschiedung neuer Arbeitsgesetze.

Der Anteil der Kinder im Schulalter, die tatsächlich die Schule besuchen, ist seit den 1940er Jahren erheblich angestiegen. Zu Beginn der 1970er Jahre wurde das System der Abendschulen für Jugendliche und Erwachsene eingerichtet. Dessen Ausbau wurde noch beschleunigt ab der Mitte des Jahrzehnts.

Im Jahr 1997 wurde auch die Vorschulbildung kostenlos und für obligatorisch erklärt. Und es wurden weitere öffentliche Universitäten gegründet: das Technologische Institut von Costa Rica im Jahr 1971, die Nationale Universität 1973, die Staatliche Fernuniversität 1977 und die Nationale Technische Universität im Jahr 2008.

Außerhalb des schulischen und universitären Bildungssystems war die Gründung des *Nationalen Berufsbildungsinstituts* (INA, 1965) das ehrgeizigste Projekt der Regierung Costa Ricas. Seit 1973 baute es sein landesweites Angebot von Ausbildungsgängen und Fortbildungskursen auf. Die genannten Entwicklungen zeigen, dass man mit vollem Recht von Costa Rica als einem Land mit »Bildung statt Armee« sprechen kann.

Was bedeutet aber dieser Umstand für die Menschen, die in Costa Rica leben? Darüber ließen sich viele Bücher und Traktate schreiben. Allein die Vorstellung, dass in Costa Rica bereits mehrere Generationen von Menschen gelebt haben und leben, die niemals einen Soldaten sahen, ist außergewöhnlich. Mir selbst ist der Anblick einer mit militärischen Waffen ausgerüsteten Person nur bei Reisen ins Ausland oder im Fernsehen begeg-

net. Meiner Denkweise ebenso wie meinem Gefühl wäre eine Armee ganz fremd, und die Angst vor einem drohenden Krieg hatte ich bisher nie.

Die Abschaffung der Armee in Costa Rica im Jahr 1949 lässt sich historisch-politisch damit erklären, dass das zuvor existierende Militär mit einer gesellschaftlichen Schicht verbündet war, die sich dem

Modernisierungsprozess entgegenstellte. Die Folgen der damals vor allem als symbolisches Ereignis aufgefassten Entscheidung sind tiefgreifend. Sie wurde zu einem entscheidenden Faktor eines Entwicklungsmodells, das in den



Henning Jensen Pennington

nachfolgenden 30 Jahren entwickelt wurde und das gesamte gesellschaftliche Leben bestimmte. Dieses Entwicklungsmodell Costa Ricas zwischen 1950 und 1986 hatte ein doppeltes Ziel: die Menschen in eine geregelte Arbeitswelt fest einzugliedern und zugleich die neuen Generationen sozial zu integrieren, d.h. die sozialen Dienstleistungen allen zugänglich zu machen. Dabei hat Bildung eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt,

indem sie eine große soziale Mobilität und den Eintritt in die Arbeitswelt für viele ermöglichte. Diese doppelte Integration gewährleistet bis heute den sozialen Zusammenhalt.

Bis in die 1980er Jahre war Costa Rica im Wesentlichen ein sich entwickelnder Sozialstaat. Seitdem hat es erneut tiefgreifende Änderungen gegeben. Leider waren wir bisher zu wenig in der Lage, die Wirtschaft auf den Weg einer dynamischen Innovation zu bringen und einen breiten technologischen Lernprozess einzuleiten. Hier sind noch viele Fragen unbeantwortet und viele Aufgaben ungelöst.

Wir müssen z.B. die Qualität der Lehrerausbildung sichern, und wir müssen international kompetenter werden. Ich sage nicht wettbewerbsfähig, ich meine Kompetenz in dem Sinne, dass wir besser darin werden, unser Wissen und die Qualifikationen, über die wir verfügen, das hohe Niveau unserer Professoren und unserer Wissenschaft, in neuen Transformationsprozessen unserer Gesellschaft zu nutzen.

Costa Rica unterscheidet sich insofern von Korea oder Singapur, als dass viele seiner sozialen Dienstleistungen wie z.B. das Rentenversicherungssystem bereits sehr gut ausgebaut sind.

Wird unser Land aber dieses Modell aufrechterhalten können? Das ist leider ungewiss, da der Staat seine Mittel zum großen Teil aus der Lohnsteuer bezieht, während gleichzeitig die Steuerhinterziehung ein großes Problem ist. Auch der informelle Bereich der Wirtschaft ist groß, und die Altersstruktur der Bevölkerung verändert sich nachteilig, was zur Folge hat, dass der Anteil der Personen, die Beiträge zu den sozialen Diensten leisten, sinkt.

Sebastian Huhn: Kann Costa Rica mit seinem bildungs- und friedenspolitischen Profil als Modell für einen nachhaltigen humanistischen Entwicklungsweg gelten? – Dieser Frage, die unsere Diskussion leiten soll, möchte ich mich weniger aus einer bildungspolitischen, als vielmehr einer friedenspolitischen Richtung nähern.

Zunächst möchte ich noch einmal näher auf die Geschichte der Abschaffung des Militärs eingehen. Anschließend werde ich versuchen, diese Epoche – also das Jahr 1948/49 – historisch zu charakterisieren, und schließlich möchte ich darauf eingehen, wie die Abschaffung des Militärs in den vergangenen Jahrzehnten in Costa Rica gesellschaftlich bewertet wurde, um so die Frage zu beantworten, ob und unter welchen Bedingungen man hier von einem humanistischen Modell oder Vorbild ausgehen kann oder nicht.

Wie und warum schaffte Costa Rica im Dezember 1948 sein Militär ab?

Die 1930er und 1940er Jahre waren in Costa Rica von großen sozialen Krisen geprägt. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte die soziale Lage verschärft. Es kam zu massiven Protesten und Streiks. Und – das ist sehr wichtig – der Kommunismus gewann unter der Arbeiterschaft großen Zulauf. *Rafael Ángel Calderón*, der von 1940 bis 1944 Präsident Costa Ricas war, reagierte auf die Streiks und Unruhen einerseits mit Polizeige-



Sebastian Huhn

walt, andererseits aber auch mit ersten sozialpolitischen Maßnahmen. Um diese voranzutreiben und zur Beruhigung der Lage schloss er 1943 einen Pakt mit der katholischen Kirche *und* der Kommunistischen Partei. Dieser Pakt führte zu großem Unmut unter der stark antikommunistisch geprägten Opposition. Calderóns direkter Nachfolger und Parteifreund *Picado* führte diese Politik von 1944 bis 1948 trotzdem fort. Der starke Mann im Hintergrund der Politik blieb aber immer Calderón. 1948 – die Verfassung sah vor, dass man nicht zweimal hintereinander als Präsident kandidieren durfte – kandidierte Calderón selbst wieder als

Präsident. Die Wahlbehörde erklärte aber den Oppositionskandidaten *Otilio Ulate* zum Sieger der Wahlen. Der Kongress, der vor allem von Anhängern Calderóns dominiert wurde, erkannte das Ergebnis jedoch nicht an und erklärte Calderón wieder zum Gewinner der Wahlen. Noch während die politischen Lager versuchten, dieses Dilemma durch Verhandlungen zu lösen, griff ein Rebellenheer unter Führung von *José Figueres* elf Tage nach der Wahl Costa Rica an, um die Regierung zu stürzen. Dieser bereits erwähnte Bürgerkrieg dauerte sechs Wochen, kostete etwa 2.000 Menschen das Leben – war also durchaus enorm gewaltsam – und endete mit einem Sieg der Rebellen.

Da Figueres starke Verbündete in der ebenfalls antikommunistisch dominierten Presse fand, wurde sein Sieg oder Staatsstreich schnell als Reaktion auf einen Wahlbetrug, als Befreiung des Landes von Calderón und den Kommunisten und als notgedrungen gewaltsame Beendigung einer Epoche der Gewalt verklärt. Die Rebellen hätten sich also dem Frieden zuliebe aufgeopfert. Die Geschichtswissenschaft zeigt, dass dieser Staatsstreich lange vorbereitet und keine Reaktion auf den Wahlbetrug war, sondern dass vor allem Antikommunismus und persönlicher Machtwille die treibenden Kräfte hinter Figueres' Staatsstreich waren.

Eine Junta unter Führung von Figueres übernahm nun die Regierung, erarbeitete eine neue demokratische Verfassung, bereitete Neuwahlen für 1949 vor und verbot die Kommunistische Partei. Dieses Vorgehen ist beachtlich, denn in Zentralamerika war zu dieser Zeit Demokratie nicht selbstverständlich und Militärjuntas waren eine typische Form der Regierungsführung. Der Plan von Figueres, nach seiner gewaltsamen Machtübernahme schnellstmöglich wieder zur Demokratie zurückzukehren, ist also in der Tat bemerkenswert.

Der größte symbolische Akt der Junta bestand nun im Dezember 1948 in der Verkündung der Abschaffung eines stehenden Heeres. Genau genommen sah die neue Verfassung vor, dass zur Landesverteidigung jederzeit eine Armee aufgestellt werden kann, aber ein stehendes Heer sollte es nicht mehr geben. Figueres erklärte dazu in einer Zeremonie, das frei werdende Geld zukünftig nicht mehr in die Armee, sondern in die Bildung investieren zu wollen. Dabei bediente er sich eines älteren Bildes, das nach der Unabhängigkeit im 19. Jahrhundert von der liberalen Elite des Landes konstruiert und forciert worden war: des Bildes von Costa Rica als einem egalitären Land der Kleinbauern, die von Lehrern angeleitet statt von Soldaten beherrscht werden. Mit dem Slogan ›Bildung statt Militär‹ konnten die neuen Machthaber nach dem blutigen Staatsstreich ihre Haltung und ihr politisches Handeln leicht in ein positives Licht rücken, was Figueres 1948 auch tat.

Wie ist Figueres' Losung von ›Bildung statt Militär‹ historisch zu bewerten?

Die meisten Soldaten des ohnehin relativ kleinen Heeres wurden in die Polizei übernommen – und also weiterhin bezahlt. Die Polizei übernahm ab sofort auch Aufgaben der Landesverteidigung – und wurde mittelfristig entsprechend verstärkt. Die Junta sowie die aus ihr hervorgehende Partei PLN unterhielten darüber hinaus noch jahrelang eine kleine Privatmiliz. Viel Geld, um in Bildung investieren zu können, wurde also faktisch nicht frei, und heute – das sei am Rande erwähnt – liegt der Anteil des Verteidigungshaushalts von Costa Rica an seinem Bruttoinlandsprodukt laut einer

Studie des *Latin American Security and Defence Network* mit 1,7% sogar über denen der zentralamerikanischen Nachbarstaaten.

Was war die Abschaffung des Militärs und die Ausrufung der Losung ›Bildung statt Militär‹ also dann?

Kurz gesagt war es geschickte Realpolitik. Die Hauptmotivation zur Auflösung der Armee bestand darin, einen erneuten Staatsstreich des zuvor besiegten Militärs zu verhindern. Die Referenz auf ›Bildung‹ entsprach einerseits tatsächlich Figueres' Vorstellungen und auch seinem späteren Handeln, diente in diesem Moment aber vor allem dazu, einen integrativen und positiven Schlussstrich unter die kurze Phase extremer Gewalt zu ziehen, die von seinem Staatsstreich ausgegangen war, und zu versprechen, dass die costaricanische Gesellschaft nun gemeinsam und vereint einen positiven Entwicklungsweg einschlagen würde. Friedensliebe, eine bestimmte ›nationale Identität‹ oder die Einsicht in die Notwendigkeit von Bildung spielten dabei also nicht unbedingt die zentrale Rolle.

Es muss aber betont werden, dass in Costa Rica seit den 1950er Jahren zwei wichtige Dinge gelungen sind, gerade wenn man seine geopolitische Lage bedenkt: Die zentralamerikanische Region war in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem durch ein enorm hohes Maß an politischer Gewalt gekennzeichnet, durch Bürgerkriege und Revolutionen, und sie war – und ist es immer noch – gleichzeitig gekennzeichnet durch ein sehr hohes Maß an sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Desintegration. Costa Rica bildet somit seit den 1950er Jahren eine sehr bemerkenswerte Ausnahme, insofern als einerseits – auch infolge der Abschaffung des Militärs – tatsächlich kein Krieg mehr stattfand, und vor allem andererseits die gesellschaftliche Integration gefördert und soziale Ungleichheit vermindert wurde, was sowohl dem Bildungssystem als auch dem Stellenwert der Bildung überhaupt zuzuschreiben ist.

Nun zum geschichtspolitischen Umgang mit der Losung ›Bildung statt Militär‹: Das Bild von der Abschaffung des Militärs zugunsten einer verstärkten Bildung überdauert seit den 1950er Jahren in verschiedener Form. Figueres hatte in seiner Rede auch gesagt, Costa Rica werde auf jeden Fall ein wehrhaftes Land bleiben. Im Dezember 1948 wurde in der Presse diese Aussage viel stärker diskutiert als die Komponente der Bildung, denn die Abschaffung des Militärs hatte viele Gegnerinnen und Gegner und war mit großen Befürchtungen in der Bevölkerung verbunden, sich zukünftig nicht mehr verteidigen zu können. Das Versprechen der Wehrhaftigkeit und der Bürgerkrieg selbst gerieten in den folgenden Jahrzehnten aber immer mehr in Vergessenheit, während der Topos ›Bildung statt Militär‹ überdauerte und bis heute im kollektiven Gedächtnis abrufbar ist.

Zur Beantwortung der Frage, als was dieser Topos überdauerte, müssen aus meiner Sicht vier verschiedene Überlieferungen und Bedeutungszuschreibungen unterschieden werden:

Erstens ist das Bild von Lehrern statt Soldaten ein sympathischer Mythos oder eine Anekdote, die verlässlich jeden Costa Rica-Reiseführer einleitet, aber ansonsten nicht unbedingt viel mit der sozialen Situation in Costa Rica zu tun hat.

Zweitens wurde und wird der Topos ›Bildung statt Militär‹ immer wieder als ein politisches Argument hervorgebracht. Als sich in den 1980er Jahren z.B. Guatemala, El Salvador und vor allem Costas Nachbarland Nicaragua in Bürgerkriegen befanden, drängten die USA unter *Ronald Reagan* Costa Rica dazu, die Stationierung von Contra-Truppen sowie von US-Truppen in Costa Rica zu ermöglichen. Man verlangte also von Costa Rica, den Kampf gegen die kommunistischen Sandinisten zu unterstützen bzw. die USA in ihrem Kalten Krieg in Zentralamerika. Präsident *Luis Monge* reagierte 1983 aber mit einer Neutralitätserklärung und verwehrt Reagan seinen Wunsch. Der Verweis auf die Abschaffung des Militärs als Ausdruck eines pazifistischen Charakters costaricanischer Politik spielte dabei eine zentrale Rolle, und zur Unterstreichung organisierte Monge einige Wochen später eine Friedensdemonstration in San José mit 50.000 Teilnehmern, was in einem Land mit damals nicht einmal 4 Mio. Einwohnern eine beachtlich große Zahl ist. Mit dem Verweis auf den Topos ›Bildung statt Militär‹ wurde also erneut Realpolitik gemacht, in diesem Fall für ein Ziel, das ich politisch positiv bewerten würde. Es gibt aber auch Beispiele, die ich kritischer bewerte. *Laura Chinchilla* zum Beispiel, die 2010 zur Präsidentin gewählt wurde, trat im Wahlkampf vor allem mit dem Versprechen einer harten und schonungslosen *Law-and-Order*-Politik an und griff dabei auch auf das alte Bild von Costa Rica als einer friedliebenden Nation zurück. Sie versprach, »den Frieden zurückerobern« zu wollen, erklärte damit gleichzeitig, das Land befände sich in einer Art Krieg zwischen Kriminalität und Bevölkerung. Sie konnte mit diesem Alarmismus große Teile der Wählerschaft mobilisieren. Als Argument in der politischen Auseinandersetzung wurde der Topos ›Bildung statt Militär‹ also im Laufe der letzten 70 Jahre mit unterschiedlichen Zielen benutzt und ist entsprechend insgesamt ambivalent zu bewerten.

Besonders problematisch ist meiner Ansicht nach der Bezug auf ›Bildung statt Militär‹ in Costa Rica drittens, wenn der Topos als Teil einer imaginierten nationalen Identität verstanden oder propagiert wird. So schrieb die spätere Präsidentin Chinchilla beispielsweise bereits im Jahr 2008 in *La Nación*:

»Costa Rica ist der Welt als eine Nation des Friedens und der Toleranz bekannt. Gleichwohl sind diese charakteristischen Wurzeln unserer Nationalität in den letzten Jahren in Zweifel gezogen worden angesichts des Anstiegs der Kriminalität und der Gewalt«.

Um eine angebliche eigene Identität überhaupt benennen zu können, braucht es zwangsläufig einen negativen Spiegel: das ›Andere‹, das definiert, was man eben selber ist. Die Vorstellung, eine friedvolle und gebildete Nation zu sein, führt dadurch in persönlichen Einstellungen – das lässt sich aus Meinungsumfragen herauslesen – und öffentlichen Debatten – das ist der Presse zu entnehmen – in Costa Rica auch zu einer verbreiteten und sehr problematischen Feindlichkeit gegenüber Migranten. Die statistisch nicht haltbare Ansicht, Migranten – und hier vor allen Nicaraguaner als größte Migrantengruppe – seien für Kriminalität in Costa Rica verantwortlich, ist nicht zuletzt deshalb so wirkungsmächtig, weil Kriminalität der imaginierten eigenen Identität scheinbar widerspricht und daher Migranten zugesprochen wird. Problematisch ist der Topos ›Bildung statt Militär‹ also, wenn er als statische nationale Charaktereigenschaft missverstanden wird. Ein Vergleich mit der ›Leitkulturdebatte‹ in Deutschland bietet sich an.

Tatsächlich vorbildhaft und eine Chance ist schließlich eine vierte Art des gesellschaftlichen Bezugs auf diese Geschichte. ›Bildung statt Militär‹ war in Costa Rica auch immer eine humanistische Leitlinie und Forderung. In diesem Sinne bezeichnet ›Bildung statt Militär‹ eben keinen Ist-Zustand, auf dem man sich ausruhen kann, sondern ein gesellschaftliches Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt. Mit diesem politischen Ziel im Rücken wurde tatsächlich ein beachtliches Bildungs- und Sozialsystem errichtet, und es wird auch immer wieder verteidigt. Bildung als humanistische Leitlinie und positiver gesellschaftlicher Bezugspunkt ist schließlich auch ein mächtiger Schutz vor der Ausbreitung von Populismus.

Wenn wir auf die USA, den Rechtspopulismus in Europa oder auch auf den Populismus in Costa Ricas Nachbarland Nicaragua blicken, sind gesellschaftliche Aufklärung, Bildung und Wissenschaft deren zentrale Angriffspunkte. Das costaricanische Modell mit seiner positiven Identifikation mit Frieden, Bildung und Aufklärung als Zielen, für die man historisch kämpfte und weiter kämpfen möchte, sorgt in Costa Rica dafür, dass sich Populismus trotz seines internationalen Aufschwungs bislang nicht auffällig durchsetzen konnte bzw. bisher immer wieder in seine Schranken gewiesen werden konnte. Definiert als gesellschaftliches Ziel, für das es zu kämpfen gilt, kann ein bildungs- und friedenspolitisches Profil mit dem

Ziel, eine aufgeklärte Gesellschaft sein zu wollen, also auf jeden Fall ein Vorbild sein.

Susanne Müller-Using: Die Bandbreite der bisherigen Aussagen hat uns das Land Costa Rica nähergebracht, besonders auch die verschiedenen Themen und Aspekte mit Bezug auf das friedenspolitische Konzept, auf den Anspruch, eine Bildungsgesellschaft zu sein, d.h. durch Bildung den Staat und die Gesellschaft zu prägen. Die durch den Verzicht auf eine Armee frei gewordenen Mittel hätten an den Ausgaben für Bildung allerdings keinen erheblichen Anteil, hieß es, während immerhin 1,7% des Bruttoinlandsprodukts – mehr als in den Nachbarländern – in die Ausgaben für die Verteidigung gingen. Herr Jensen, kommt der Traum von einer friedlichen Gesellschaft, der mit der Vorstellung einer homogen gebildeten Gesellschaft einhergeht, heute schon der Realität nah?

Henning Jensen Pennington: Die Frage ist nicht einfach zu beantworten. Man muss dabei jedenfalls die Ziele der Gesellschaft im Auge behalten. Nach meiner und nach der Meinung der meisten Costaricaner ist ein Haushalt für die Polizei, der kaum mehr als 1% des Bruttoinlandsproduktes ausmacht, viel zu gering, denn die Aufgaben der Polizei in der costaricanischen Gesellschaft sind sehr komplex geworden. Auf der anderen Seite beabsichtigt der costaricanische Staat 2017 zum ersten Mal in seiner Geschichte, 8% des nationalen Haushalts im Bildungsbereich einzusetzen. Diese große Differenz zeigt, welche Prioritäten das Land hat: Vorrangig ist ohne Zweifel die Bildung. Und die Tatsache, dass dieser prozentuale Anteil am Staatshaushalt sogar in der Verfassung verankert ist, zeigt die Bedeutung dieser staatspolitischen Entscheidung. Die Kritik, dass die Abschaffung der Armee vor allem ideologisches Konstrukt sei, teile ich durchaus. Aber es ist, wie Herr Huhn sagte: Die Tatsache, dass die Abschaffung der Armee als gesamtgesellschaftliches Ziel definiert worden ist, besagt Außerordentliches über unser Land und seine kollektiv definierten Ziele.

Unsere Verfassung enthält den Modellentwurf für die Gesellschaft, und wenn dieses Grundgesetz sagt, dass wir die Bildung als Priorität behandeln sollen, dann ist das ein Faktum, das für das gesamte soziale Leben bestimmend ist.

Susanne Müller-Using: Herr Chaverri, Sie engagieren sich sehr auch für entlegene Gebiete Costa Ricas, solche Regionen und Orte, die fern der Hauptstadt liegen. Sie kämpfen gegen die Ungleichheit dort, die in Armut lebende Familien betrifft, für die der Zugang zur Bildung nicht so leicht ist, und wo es auch Probleme mit Kriminalität gibt. Wie groß ist hier der

Einfluss dieses Bildungsideals, wo sehen Sie Schwachstellen und wo ist Arbeit zu leisten?

José Joaquín Chaverri Sievert: Ich habe mich für ein Projekt zum Ausbau der 1.400 Zwergschulen im Land eingesetzt, in denen jeweils ein Lehrer mit fünf bis zehn Kindern zusammenarbeitet. Überall, wo es Kinder gibt, gibt es nun immerhin einen Lehrer, sei es auf den Inseln oder in den Bergen. Diese Lehrer wohnen dort, werden gut bezahlt und haben Verträge für sechs Jahre, aber sie stehen recht allein da. Wir arbeiten dort auch mit Professoren und Volontären zusammen, um die Ausbildung in Mathematik, Spanisch und Geographie zu verbessern. Diese Unterstützung und Fortbildung der Lehrer ist ein sehr wichtiger Faktor für das soziale Leben. Man kann nicht dem Staat alles überlassen, man muss mitmachen.

Mein erster Chef war der mehrfach erwähnte Präsident José Figueres, mit ihm habe ich zusammengearbeitet, er kam zu mir ins Auswärtige Amt. Er schaffte die Armee nach den ersten neun Monaten seiner Amtszeit am 1. Dezember 1948 ab. Das war nicht einfach, denn es hatte zwei Invasionen aus Nicaragua gegeben. In dieser Zeit gab es viele Diktaturen: in Nicaragua, in der Dominikanischen Republik, in Venezuela. Aber wir wollten Frieden in Costa Rica. Sicherlich ist in Costa Rica nicht alles perfekt, aber im Bildungsbereich und für den Arbeitsmarkt haben wir, auch in Kooperation mit Deutschland, viel erreicht. So war der Besuch von Bundesbildungsministerin *Johanna Wanka* im 2016 sehr wichtig, denn 25% unserer Doktoranden haben in Deutschland studiert. Deutschland leistet also einen großen Beitrag zu unserem Bildungssystem.

Henning Jensen Pennington: Das Hauptziel von Präsident Figueres und der von ihm gegründeten sozialdemokratischen Partei war die Modernisierung der Wirtschaft. Dabei hat Figueres auch soziale Reformen fortgesetzt, die sein politischer Gegner *Calderón Guardia* in die Wege geleitet hatte. In der Zeit nach 1948 sind zwei wichtige Ziele erreicht worden: zum einen die Einbeziehung der jüngeren Generation in eine sich gut entwickelnde Arbeitswelt; zum andern die Ausweitung der sozialen Dienste, insbesondere des Bildungs- und des Gesundheitssystems. Das bedeutete allerdings nicht die Gleichstellung aller Costaricaner und Costaricanerinnen. Die ökonomische und soziale Ungleichheit in Costa Rica ist bis heute beträchtlich. Verglichen mit anderen Ländern in Lateinamerika ist sie zwar niedriger, für Costa Rica ist das dennoch ein essenzielles Problem, auf das wir auch im Bildungssystem reagieren. So bietet etwa die Universität von Costa Rica für Studenten aus ärmeren Familien breite Unterstützungsprogramme. Allein das Stipendienprogramm der Universität hat ein Volumen von 40

Millionen Dollar pro Jahr. Das ist viel; nirgendwo in der Welt gibt es so ein breites Unterstützungsmodell für bedürftige Studenten. Das zeigt, dass unser Bildungssystem auf einigen besonderen Werten aufgebaut ist. Einer davon heißt: Solidarität.

Costa Rica ist gewiss kein ideales Land, wir ärgern uns z.B. jeden Tag über die schlechte Infrastruktur. Wir streiten und diskutieren sehr viel und intensiv. Es ist eine Vielzahl von Problemen zu lösen, aber unsere Wertvorstellungen haben Gültigkeit. Sie haben Inhalt und Leben. Das hervorzuheben halte ich für sehr wichtig.

Susanne Müller-Using: Man erkennt in der politischen Geschichte Costas Ricas auch den Pragmatismus, der das Land ein Stück weit prägt. Jemand wie Figueres, der einen sechswöchigen Bürgerkrieg entfesselte, konnte später Präsident werden und wird noch heute für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes gelobt, für die Arbeitsmöglichkeiten, die er für junge Menschen geschaffen hat. Vielleicht ist dieses pragmatische Sich-Zusammentun und die Suche nach Möglichkeiten ein guter Weg, um mit den Dingen, Personen und Voraussetzungen, über die man verfügt, einen Fortschritt zu erzielen, ohne sich dabei von den gemeinsamen Werten zu verabschieden.

Sebastian Huhn betonte, dass das bildungspolitische Entwicklungsziel Costas Ricas zwar den sozialen Zusammenhalt gestärkt habe, kritisierte aber, dass die Bildungspriorität wenig glaubhaft sei, wo sie nur behauptet werde und aufoktroiert wirke. Wir wissen ja auch beispielsweise, dass die Kriminalitätsrate in Costa Rica ein Problem ist. Das zeigt sich in Berichten der Tagespresse und in Gesprächen und Diskussionen der Costaricaner. Wie passt das zusammen? Wie erklärt sich diese Situation einer spürbar starken sozialen Kohäsion einerseits und großer Probleme mit Kriminalität auf der anderen Seite? Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es da?

Sebastian Huhn: Es ist fraglich, ob die soziale Kohäsion heute noch so hoch ist, wie sie bis in die 1980er Jahre in Costa Rica bestand. Herr Jensen hat ausgeführt, dass sich seit den 1980er Jahren in Costa Rica vieles verändert hat. Der costaricanische Sozialstaat ist nicht mehr derselbe. Das staatliche Versorgungssystem wurde privatisiert oder teilprivatisiert, und ich glaube, dass gewisse soziale Probleme, die Costa Rica heute hat, sich auch in einer höheren Kriminalitätsrate niederschlagen. So ist im Land im Lauf der letzten zehn Jahre die soziale Ungleichheit stärker gestiegen als in allen anderen zentralamerikanischen Ländern. Sie ist zwar weiterhin niedriger als in den Nachbarländern, verzeichnet aber einen stärkeren

Anstieg. Wachsende soziale Ungleichheit aber – das belegen alle Forschungen – ist eine der Antriebsfedern von Kriminalität.

Susanne Müller-Using: Ist diese wachsende soziale Ungleichheit auch auf die in den letzten zehn Jahren stark angestiegene Migration zurückzuführen?

Sebastian Huhn: Migration, vor allem aus Nicaragua, gibt es in Costa Rica schon immer. Und das System – das ›Modell Costa Rica‹, d.h. eine moderne Gesellschaft mit gut ausgebildeten Arbeitskräften und einem hohen Anteil von berufstätigen Frauen – basiert ja zum Teil darauf, dass es die Migration aus Nicaragua gibt, denn die Migrantinnen und Migranten aus Nicaragua arbeiten hauptsächlich in costaricanischen Privathaushalten und ermöglichen so z.B. auch die häufige Berufstätigkeit zweier Ehepartner. Auch im Bausektor wird die Arbeit zu einem großen Teil von Nicaraguanern erledigt, ebenso wie z.B. bei der Erntehilfe, in Saisonarbeit und auch im privaten Sicherheitsdienst, also in typischen Niedriglohnbereichen. Die Migrantinnen und Migranten ermöglichen also gewisse gesellschaftliche Entwicklungschancen überhaupt erst.

Susanne Müller-Using: Wir haben gesehen, dass trotz mancher Schattenseiten in Costa Rica eben auch feste Werte betont und Ziele gesetzt werden, die ein Land in der Entwicklung voranbringen und es zusammenhalten, ohne dass es in Nationalismus und Populismus abgleitet. Die Förderung sozialer Kohäsion und die Bemühungen, sie auch in schwierigen Zeiten zu erhalten, sind sicher kein abgeschlossenes Projekt. Der gesellschaftliche Prozess seit den 1980er Jahren in Costa Rica macht es notwendig, heute wieder die Bemühungen zu verstärken. Vielleicht ist das auch ein Aspekt der Frage: Was können wir in Deutschland von Costa Rica lernen?

José Joaquín Chaverri Sievert: Die Beschäftigung mit Costa Rica kann zeigen, dass vor allem die Unterstützung der Familien sehr wichtig ist. Wir haben ein großes Problem mit Drogenhändlern aus Kolumbien und Mexiko, die vor den Türen unserer Schulen stehen und dort ihre Drogen anbieten und verkaufen. Ich glaube, die Unterstützung der Familien ist auch für Deutschland ein großes Sozialprojekt.

Henning Jensen Pennington: Wie wir in Costa Rica, so sollten auch die Menschen in Deutschland immer auch die Möglichkeit des Glücklichen in Auge behalten. Das ist etwas, das wir in Costa Rica sehr betonen.

Susanne Müller-Using: Das bestätigen die PISA-Untersuchungen für Costa Rica, wo die Schüler und Jugendlichen zwar im mittleren Leistungsbereich liegen, aber in Bezug auf *well-being* und Lebenszufriedenheit mit die höchsten Werte von allen OECD-Länder erreichen.

Sebastian Huhn: Als Wissenschaftler stellt sich mir auch die Frage: Was können deutsche Universitäten von costaricanischen Universitäten lernen? Bei uns wird ja darüber debattiert, ob die Universitäten genug gesellschaftliche Wirkungen erzielen, und zwar nicht nur als produktiver Motor, sondern auch mit kritischen Stellungnahmen. In Costa Rica hat mich stark beeindruckt, wie sehr die Universitäten sich gesellschaftlich einmischen, vor allem auch in Form von Protest und Einspruch. Ein gutes Beispiel dafür ist die Wochenzeitung *Semanario Universidad*, die von der *Universidad de Costa Rica* herausgegeben wird und im ganzen Land an jedem Kiosk zu kaufen ist. Sie hat im Land etwa den Einfluss wie bei uns *DIE ZEIT* oder *DER SPIEGEL* – und sie kommt von einer Universität!

Publikum: In Costa Rica existiert eine Gesellschaft, die offenbar wirklich gut funktioniert. Was wir in Deutschland davon lernen können, haben wir gehört. Meine Frage liegt etwas näher: Warum haben das Modell dieses Landes im Frieden mit einem vergleichsweise hohen Wohlstand die anderen Länder Lateinamerikas, Süd- und Mittelamerikas nicht längst kopiert?

Henning Jensen Pennington: Unsere Nachbarländer haben leider ganz andere geschichtliche Voraussetzungen. Costa Rica löst seine Probleme seit Langem schon mit gewaltlosen Mitteln: Wir verhandeln politisch sehr intensiv. Es hat zwar auch diktatorische Regime gegeben, und nicht immer war unsere Demokratie beispielhaft. Aber im Großen und Ganzen haben wir in den letzten 70 Jahren miteinander verhandelt, geredet. Wir haben die Armee tatsächlich abgeschafft. Wir haben eine mehr oder weniger gut ausgerüstete Polizei, aber es ist kein Militär. Können Sie sich vorstellen, dass ich in meinem Leben in Costa Rica niemals einen Soldaten, eine Person mit militärischen Waffen, gesehen habe? Das hat Auswirkungen auf meine Denkweise, auf meine Affekte und darauf, wie ich das Zusammenleben in Costa Rica erlebe. Das sind wirklich sehr besondere Bedingungen. Ich habe niemals eine Armee marschieren sehen, nur im Ausland. Wir bearbeiten unsere Probleme gewaltlos, trotz mancher großer politischer Spannungen.

Publikum: Es heißt, für Verteidigung würden 1,7% des BIP ausgegeben. Wenn es doch keine Soldaten gibt: Wofür wird das Geld verwendet?

José Joaquín Chaverri Sievert: Unser gegenwärtiges Problem sind die Drogenhändler aus Kolumbien, die abends in kleinen, schnellen Booten übers Meer kommen, und die mexikanischen Gruppen, die die Drogen weitertransportieren. Wir verwenden unsere Verteidigungsausgaben dafür, dass unsere Sicherheitskräfte diesen Drogenhandel nach Kräften unterbinden können. Unsere sehr professionelle Polizei konfisziert die größten Drogenmengen in Mittelamerika. Wir müssen einfach die Drogen stoppen!



Publikum: Wie kann ein Land, das ohne stehendes Heer auskommen will, in einer durchaus konfliktgeladenen Region bestehen? Welche Möglichkeit gibt es, auf eventuelle Aggressionen anderer Länder zu reagieren?

José Joaquín Chaverri Sievert: Wir hatten verschiedentlich Grenzkonflikte mit Nicaragua und wandten uns deswegen mit einer Klage an die 1948 gegründete *Organisation Amerikanischer Staaten* in Washington, eine Organisation internationalen Rechts, deren Urteil den Streit entschieden hat. Aktuell haben wir wieder ein Problem mit Nicaragua wegen der Grenzen an der pazifischen und an der atlantischen Küste. Wir haben uns damit an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gewandt. Dort wird die Sache geklärt, und unser Land wird das Ergebnis akzeptieren.

Publikum: Mich hat in Costa Rica besonders die hohe Wertschätzung für die Bildung beeindruckt. Diese zeigt sich auch am Selbstbewusstsein derer, die im Bildungsbereich arbeiten, gerade auch an den Universitäten. Man ist stolz darauf, an pädagogischen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche

zu arbeiten und bringt deutschen Besuchern von einer Universität, an der Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden, große Wertschätzung entgegen. In Deutschland muss man sich fast dafür entschuldigen, wenn man ein Fach vertritt, von dem man nicht gleich angeben kann, wie es dazu beiträgt, das Bruttosozialprodukt zu steigern – gerade im Hinblick auf Fächer wie Theologie oder Philosophie. Unser Dialog mit Costa Rica kann uns ermutigen, in den Bildungseinrichtungen, von Kindertageseinrichtungen über Schulen und erst recht an Universitäten und Erwachsenenbildungseinrichtungen, sehr viel selbstbewusster zu sagen: Das, was wir tun, ist wichtig für die Zukunft unserer Gesellschaft! Und wenn aktuell mit Nachdruck gefordert wird, den deutschen Verteidigungsetat zu erhöhen, dann sollten Universitäten selbstbewusster sagen, wofür sie ihr Geld einsetzen. Ich finde, ein Land wie Costa Rica hat mit seinem Modell ›Bildung‹ eine hohe Wertschätzung verdient. Bildung wird hochgeschätzt, und da können wir sehr viel lernen.

Publikum: Im Dezember 1948 wurde in Costa Rica die Armee abgeschafft, um einen neuen Staatsstreich zu verhindern, wie es hieß. Seit 1949 gelten die USA als Schutzmacht für das Land. Gilt diese Garantie bis heute fort und ist sie auch unter der Präsidentschaft Trumps verlässlich?

Henning Jensen Pennington: Die USA haben für Costa Rica nach 1949 keineswegs eine Schutzfunktion übernommen. Ganz im Gegenteil: Die USA waren gegenüber Präsident Figueres sehr skeptisch. Seine Regierung wurde von manchen als sozialistisch bezeichnet und als Gefahr für die nordamerikanische Sicherheit angesehen. Demgegenüber hat Costa Rica immer die Freundschaft zu den USA betont. Aber die sehr ausgeprägte Entwicklung eines Wohlfahrtsstaates bei uns fand nicht immer die Sympathie der USA.

Sebastian Huhn: Ein zwischenstaatlicher Krieg in Zentralamerika und in ganz Lateinamerika ist heute allerdings sehr unwahrscheinlich. Dafür sorgen nicht allein die USA, sondern auch die anderen zentral- und lateinamerikanischen Länder. Und auch die Organisation Amerikanischer Staaten weiß zwischenstaatliche Kriege zu verhindern, sollte es zu einer entsprechenden Drohung kommen.

Publikum: Wie steht es in Costa Rica um die berufliche Bildung? Welche Möglichkeiten haben die Jugendlichen, die in den Bergregionen leben und sechs Jahre lang die erwähnten Zwergschulen besucht haben? Wie ist ihre weitere Bildung organisiert?

José Joaquín Chaverri Sievert: Unser Bildungsministerium betreibt Förderprogramme für Lehrer, und für die neuen Aufgaben in der dualen Berufsbildung kooperieren wir z.B. mit der Universität Osnabrück. Es ist nicht einfach, ein Berufsbildungsmodell wie das deutsche nach Costa Rica zu bringen. Wir bemühen uns, es an unsere Verhältnisse anzupassen. Essenziell ist die Aus- und Fortbildung von Lehrern, die Lehrer sind der Motor der Zukunft!

Publikum: Zu den besonderen Voraussetzungen Costa Ricas zählt auch der Umstand, dass die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung ganz anders ist als in den Nachbarländern. Die koloniale Zuwanderung aus Spanien hat hier zu einem nur geringen Anteil an indigener Bevölkerung geführt. Inwieweit spielt die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung eine Rolle für die heutige Situation Costa Ricas und für dessen Entwicklung?

Henning Jensen Pennington: Richtig ist, dass der Anteil der indigenen Bevölkerung in Costa Rica recht klein ist. Wir sind tatsächlich ein Land von Migranten, die aus vielen Teilen der Welt kamen – aus Asien, Afrika und Europa. Das hat sehr zur tiefgreifenden kulturellen Vielfalt unseres Landes beigetragen. In den letzten 20 Jahren wird diese Vielfalt mehr respektiert als früher, und nicht nur respektiert: sie wird anerkannt. An meiner Universität haben wir z.B. spezielle Lehrstühle für die Afro-Karibik-Kultur eingerichtet. Das war wichtig, weil unserer karibischen Seite in der ›weißen‹ Tradition Costa Ricas bis dahin wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde. Heute sehen wir uns eher als eine Nation, die kulturell-ethnisch sehr mannigfaltig ist, und das bedeutet eine große Bereicherung für das Land. Inzwischen wissen wir, dass die costaricanische Bevölkerung einen Anteil afro-karibischen Erbguts von etwa 30% hat.

All dies hat dazu geführt, dass wir uns heute weniger ethnozentrisch verstehen, ohne dass die Costaricaner deshalb weniger stolz auf ihr Land wären. Sie sind sehr stolz! Dieser Nationalstolz kann aber auch sehr kritikwürdig werden, wo er – wie zeitweise geschehen – zu stark ausgeprägter Xenophobie, zu Fremdenhass, z.B. gegenüber den Nicaraguanern führt.

Publikum: Wie geht man in Costa Rica mit Migranten aus Nicaragua um? Können sie teilhaben an der sozialen Sicherung? Haben die Kinder längerfristig im Land bleibender Zuwanderer Zugang zum Bildungssystem?

José Joaquín Chaverri Sievert: Jeder Nicaraguaner, der ins Land kommt, kann seine Kinder im Notfall ins Krankenhaus bringen, wo ihnen geholfen

werden *muss*. Jeder muss aber auch in die Krankenkasse einzahlen, auch jeder Unternehmer. Kinder von Migranten müssen zur Schule gehen und können auch das Gymnasium besuchen. Viele Familien aus Nicaragua schicken verdientes Geld in ihre Heimat, und viele Familien dort leben davon. Die Saisonarbeit von Nicaraguanern wird über das Arbeitsministerium organisiert, das auch die rechtlichen Vorschriften überwacht. Es kommen auch Migranten aus anderen Ländern, z.B. 8.000 Kubaner im Jahr 2017, außerdem Menschen aus Brasilien und Haiti. Costa Rica verfolgt eine ganz normale Migrationspolitik.

Publikum: Ist Costa Rica nicht wirtschaftlich relativ abhängig von großen ausländischen Konzernen und unterliegt es nicht letztlich großem Einfluss von außen, besonders aus den USA?

Henning Jensen Pennington: In Costa Rica hat sich in Bezug auf die wirtschaftliche Produktivität sehr viel getan. In den 1950er und 1960er Jahren wurden vor allem Bananen, Kaffee, Kakao, Zuckerrohr usw. erzeugt, das waren nur wenige Produkte. Inzwischen ist die Produktion im Agrarbereich deutlich vielfältiger geworden. Wir erzeugen jetzt mehr als 4.000 verschiedene landwirtschaftliche Produkte, die exportiert werden. Und vor allem im Zuge der neoliberalen Globalisierung hat Costa Rica direkte ausländische Investitionen stark gefördert.

Auch aufgrund des hohen Bildungsniveaus ist die costaricanische Wirtschaft zum großen Teil eine Wirtschaft geworden, die hauptsächlich mit hochtechnologischen Produkten befasst ist. Als wir noch eine Fabrik von Intel in Costa Rica hatten, zählte Costa Rica zu den größten Produzenten von Mikrochips. Intel hat Costa Rica inzwischen zwar verlassen, aber jetzt sind im Bereich der Biomedizin mehr als 300 Unternehmen in Costa Rica ansässig, und wir entwickeln auch sehr viel Software. Zusammen mit Mexiko und Chile sind wir die größten Softwareproduzenten Lateinamerikas. Die Produktionslandschaft hat sich wirklich stark verändert. Ich glaube, man kann nicht mehr von Abhängigkeit in dem Sinne reden, wie wir darüber in den 1960er und 1970er Jahren geredet haben. Wir sind sehr stark in die Globalisierung involviert.

Publikum: Von Costa Rica können wir Europäer im Übrigen auch im Hinblick auf den Umgang mit Natur etwas lernen, das wurde leider nur kurz erwähnt. Dort steht immerhin ein Drittel der Fläche unter Nationalpark- oder Naturschutz.